

Berufsbildungsbericht 2025



Elke Hannack
Stellvertretende Vorsitzende

Stellungnahme der Arbeitnehmerbank im BIBB-Hauptausschuss

März 2025

**Deutscher Gewerkschaftsbund
Bundesvorstand**
Keithstraße 1
10787 Berlin

Kontaktpersonen:

Jan Krüger
Leiter der Abteilung
Bildungspolitik und Bildungsarbeit

Jan.Krueger@dgb.de
Telefon: +49 151 50252034

Referat:

Thomas Giessler
Referatsleiter für
Berufsbildungspolitik
Berufsbildung im Handwerk
Bundesinstitut für Berufsbildung

Thomas.Giessler@dgb.de
Telefon: +49 30 24060-310

Die Chancen der jungen Menschen auf einen Ausbildungsplatz hängen nach wie vor stark vom Schulabschluss, dem sozialen Hintergrund der Eltern und dem Wohnort ab. Gleichzeitig klagen Unternehmen in Rezessions- und Transformationszeiten über Fachkräftemangel, während vielen jungen Menschen der Zugang zu einer guten Ausbildung verwehrt bleibt. Die Ausbildungsmarktsituation für junge Menschen hat sich im Vergleich zum Vorjahr wieder verschlechtert. Während das Ausbildungsangebot um 1,2 Prozent zurückging, stieg die Ausbildungsnachfrage um 0,4 Prozent. Die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge ist rückläufig und liegt weiterhin unter dem Vor-Corona-Niveau. Rechnerisch gab es damit erstmals seit Corona wieder nicht genügend Ausbildungsplätze für alle Ausbildungsinteressierten. Ein auswahlfähiges Angebot ist weiterhin nicht in Sicht.

Trotz der Klagen über den Fachkräftemangel sind im Jahr 2024 rund 260.000 junge Menschen nach der Schule in Übergangsmaßnahmen statt in eine vollqualifizierende Ausbildung eingemündet. Und dass, obwohl nach Meinung von Fachkräften fast zwei Drittel der jungen Menschen im Übergangssystem sofort oder mit Unterstützung direkt in eine Ausbildung hätten münden können.¹ Auch deshalb verharrt die absolute Zahl von 2,86 Millionen 20- bis 34-Jährigen ohne Berufsabschluss auf dem Rekordniveau des Vorjahres. Die negativen Folgen sind gravierend: Während Menschen ohne Berufsabschluss ein höheres Risiko haben, arbeitslos zu werden und in prekären Arbeitsverhältnissen zu landen, gehen der Gesellschaft mit Blick auf den demografischen Wandel und die Transformation wertvolle Arbeitskräfte verloren.

Diese negative Entwicklung ist eine direkte Folge der Probleme beim Übergang von der Schule in den Beruf, insbesondere der unzureichenden Unterstützungsangebote. Alle Maßnahmen von Bund und Ländern müssen sich daran messen lassen, inwieweit sie zu mehr Chancengleichheit im Bildungssystem beitragen, um angesichts dieser Probleme alle betrieblichen Ausbildungspotenziale auszuschöpfen. Dazu gehört auch Unterstützung für Betriebe, die Auszubildende bisher ablehnen bzw. Ausbildungsplätze nicht besetzen, weil die Bewerber*innen nicht den geforderten Qualifikationen entsprechen. Gerade für den Umgang mit diesen vermeintlich schwächeren Jugendlichen muss das Ausbildungspersonal besser vorbereitet und geschult werden. Dazu gehört auch, die bestehenden Instrumente zur Förderung der Ausbildung noch bekannter zu machen, zum Beispiel die Assistierte Ausbildung (ASA) der Bundesagentur für Arbeit (BA). In diesem Zusammenhang erwartet der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) von der neuen Bundesregierung ein **Aktionsprogramm für Menschen ohne Berufsabschluss**, um einen besseren Übergang von der Schule in den Beruf, eine gute Ausbildung und attraktive Wege zum Nachholen eines Berufsabschlusses zu ermöglichen.

¹ Vgl. Bertelsmann Stiftung und Deutsche Kinder- und Jugendstiftung (Hrsg.): Jugendliche im Übergangssektor – Eine Befragung von Fachkräften. Gütersloh und Berlin (2025).

Nach wie vor münden nur rund zwei Drittel der Ausbildungsinteressierten in eine Ausbildung ein. Die Einmündungsquote ist mit 67,6 Prozent rückläufig. Es braucht mehr Anstrengungen, diejenigen in Ausbildung zu bringen, die von Betrieben als vermeintlich nicht geeignet abgelehnt werden. Zum anderen muss die berufliche Bildung für diejenigen attraktiver werden, die mit einer Hochschulzugangsberechtigung zwischen verschiedenen weiteren Bildungswegen wählen können.

Deshalb sind weitere Maßnahmen erforderlich, um die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung auch in den Bildungsbedingungen herzustellen:

1. Die regionale und bundesweite Mobilität von Auszubildenden muss durch den Ausbau kostengünstiger Angebote für Auszubildende in dualen und schulischen Berufen im öffentlichen Nah- und Fernverkehr dauerhaft gefördert werden. Die Einführung eines bundesweiten Azubi-Tickets ist hierfür ein geeignetes Mittel.
2. Die problematische Wohnraumsituation für Auszubildende am Ausbildungsort muss angegangen werden. Analog zu den Studierendenwerken muss der Aufbau von Azubi-Werken gefördert und das Programm Junges Wohnen verstetigt und ausgebaut werden.
3. Auszubildende profitieren weitaus seltener von Auslandsaufenthalten als Studierende. Daher sollten Mobilitätshemmnisse für Auszubildende abgebaut und Auslandsaufenthalte durch mehr Unterstützung und Beratung ermöglicht werden. Auch die Beteiligung der Betriebe muss unterstützt und Förderprogramme für internationale Mobilitäten besser ausgestattet werden.
4. Wir plädieren dafür, in enger Abstimmung mit den Sozialpartnern, eine Sozialerhebung für Auszubildende ins Leben zu rufen. Nach dem Vorbild der Sozialerhebung für Studierende sollten hier Auszubildende aus dualen und schulischen Ausbildungsgängen zu ihrer sozialen Lage befragt werden.
5. Der Deutsche Qualifikationsrahmen (DQR) muss auf eine rechtliche Grundlage gestellt werden, um die verbindliche Gleichwertigkeit von beruflichen und akademischen Abschlüssen herauszuheben und festzuschreiben.

Die Zahl der ausbildenden Betriebe nimmt seit mehr als zehn Jahren kontinuierlich ab und betrug im Jahr 2023 nur noch 18,8 Prozent (2009: 23,3 %). Ein Ende dieser Entwicklung ist nicht abzusehen, sodass die Ausbildung des Fachkräftenachwuchses in der Verantwortung von immer weniger Betrieben liegt. Um Klein- und Kleinstbetriebe wieder in die Ausbildung zu (re-)integrieren und dem steigenden Fachkräftebedarf gerecht zu werden, muss die Finanzierung der Berufsausbildung auf eine neue Grundlage gestellt werden. Wir plädieren dafür, die Finanzierung über einen **Zukunftsfonds Ausbildung** zu organisieren. In diesen Fonds zahlen alle Betriebe ein, sodass die Kosten für die Berufsausbildung und die Sicherung des Fachkräftenachwuchses auf eine breite Basis gestellt werden. Mittel aus dem Zukunftsfonds können die Kosten für zusätzliche

betriebliche und außerbetriebliche Ausbildungsplätze oder für Auszubildendenverbände absichern und eine leistungsfähige Infrastruktur zur Unterstützung einer echten Ausbildungsgarantie schaffen.

Sowohl im Vorfeld des abgeschlossenen Ausbildungsvertrags als auch im Ausbildungsverlauf besteht dringender Handlungsbedarf. Die Vertragslösungsquote erreicht mit 29,7 Prozent einen Rekordwert und setzt damit die negative Entwicklung seit 2010 fort; die Prüfungserfolgsquote sinkt mit 88,0 Prozent erneut auf einen Tiefstand. Der stärkste Einflussfaktor für Vertragslösungen ist die Ausbildungsqualität.² Hierzu müssen die zuständigen Stellen die Ausbildungsbetriebe stärker unterstützen. Darüber hinaus müssen alle Hebel in Bewegung gesetzt werden, damit sowohl bei den Vertragslösungen als auch bei den nicht erreichten Ausbildungszielen eine Trendumkehr erreicht wird. Die Qualität und Gleichwertigkeit der beruflichen Bildung muss gesteigert werden, indem der Bund eine **Qualitätsoffensive** startet, um die Betriebe, Ausbilder*innen, überbetriebliche Bildungsstätten, die berufsbildenden Schulen und die dort tätigen Lehrkräfte zu stärken und damit individuelle Förderung auch in der Ausbildung möglich zu machen.

Neben den Berufen nach Berufsbildungsgesetz (BBiG) und Handwerksordnung (HwO) werden im Berufsbildungsbericht auch die Berufe im Gesundheitswesen untersucht. Insbesondere die Berufe in der Pflege haben inzwischen einen hohen Anteil von Auszubildenden, der aufgrund des Fachkräftemangels auch notwendig ist. Der Vertrag der Pflegefachkräfte wird mit dem Ausbildungsbetrieb geschlossen und nicht mit den Pflegefachschulen. Im Berufsbildungsbericht wird immer noch von einer schulischen Ausbildung gesprochen, obwohl Ausbildungsverträge mit Pflegefachkräften mit dem Ausbildungsbetrieb geschlossen werden und nicht mit den Pflegefachschulen. Der theoretische und praktische Unterricht findet nicht mehr ausschließlich an den Schulen statt. Die Datenlage zum Ausbildungserfolg im Pflegebereich muss dringend verbessert werden. Lediglich 63 Prozent der Auszubildenden führen ihre Ausbildung bis zur Prüfung fort. Die Gründe für Ausbildungsabbrüche und der Verbleib müssen stärker untersucht werden.

² Vgl. Krötz, M., Deutscher, V. Drop-out in dual VET: why we should consider the drop-out direction when analysing drop-out. *Empirical Res Voc Ed Train* 14, 1 (2022).